
Dokumentation

Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Ordentlichen DGB -Bundeskongresses *

Themenbereich: Neue Heimat/ Gemeinwirtschaft

Aus den mündlichen Ergänzungen zum
Geschäftsbericht

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des
Kongresses: Nun zur Gemeinwirtschaft
und damit zur Neuen Heimat. Als wir
uns vor vier Jahren in Hamburg zu unse-
rem letzten Bundeskongreß versammel-
ten, hatten unsere Kolleginnen und Kol-
legen im Druckgewerbe und in der Me-
tallindustrie im Südwesten gerade harte
Arbeitskämpfe hinter sich. Ihr erinnert
Euch sicher.

Es ging um die soziale Absicherung
von Hunderttausenden von Arbeitsplät-
zen, die durch den unkontrollierten Ein-
bruch moderner Technologien bedroht
waren. Und auf die Streiks antworten
die Arbeitgeber mit Flächenaussperrun-
gen größten Ausmaßes. Damit wurden
unsere Kollegen existentiell betroffen.

*Der Wortlaut dieser Auszüge aus den mündlichen
Ergänzungen zum Geschäftsbericht, aus den Dis-
kussionen dazu sowie aus der Antragsberatung folgt
den Tagesprotokollen, die bereits während des
Kongresses zur Verfügung gestellt wurden. Die Do-
kumentation wird in einem der nächsten Hefte mit
den Themenbereichen „Arbeitslosigkeit/Beschäfti-
gungspolitik/Tarifpolitik/Mitbestimmung“ und
„Frieden/Abrüstung“ fortgesetzt.

Und damit sollten auch die Gewerkschaften finanziell ausgeblutet werden.

Und in diesem Zusammenhang erinnere ich Euch aber auch daran: Damals sprangen unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in die Bresche. Die Bank für Gemeinwirtschaft hatte für die Streikenden und Ausgesperrten Kredite gestundet und Umschuldungen von anderen Banken vorgenommen. Die Volksfürsorge hatte die Prämienzahlungen gestundet. Und die Neue Heimat hatte die Fristen für die Mietzahlungen verschoben. Und die BfG - als Verwalterin der Streikkassen - hatte, der Arbeiterbewegung immer verbunden, die Handlungsfähigkeit der IG Druck und Papier finanziell abgesichert.

Und so konnte dann unsere Druckerorganisation auch nach dieser ihrer gewaltigen Kraftanstrengung ungebrochen ihre Aufgaben wieder aufnehmen.

Das alles zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind nicht irgendwelche nebelhaften Einrichtungen mit utopischem Anspruch. Und nicht nur die Organisation, jeder einzelne von uns, der im Kampf steht, konnte damals erleben, daß man sich auf sie verlassen kann.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, unter normalen Umständen hätte ich jetzt eine nüchterne Leistungsbilanz der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen anschließen können. Doch das Thema Neue Heimat hat besonders auch mich so aufgewühlt, daß ich zunächst meinem Zorn und meiner Enttäuschung Ausdruck geben muß. Auch ich habe jahrelang denen vertraut, die es nicht verdient haben.

Und halten wir einmal säuberlich auseinander, was da alles in einem Topf zusammengemührt wurde: Es sind erstens die Verfehlungen einiger Ge-

schäftsführer der Neuen Heimat, zweitens die Mieterproteste gegen Praktiken der Neuen Heimat, drittens das finanzielle Engagement einiger Kollegen im Berliner sozialen Wohnungsbau und viertens der konzentrische Angriff auf die Gemeinwirtschaft, auf die Gewerkschaften insgesamt.

Was den ersten Punkt angeht: Die Verfehlungen im Neue-Heimat-Vorstand, dazu kann ich sagen: Wir haben uns von denen getrennt, die unsere Grundsätze vorsätzlich mißachtet haben. Dies kann den Bruch des Vertrauens, das wir als Geschäftsgrundlage angesehen hatten, nicht ungeschehen machen. Aber wir wissen für die Zukunft, wo wir mehr als bisher unsere Kontrolle ansetzen müssen. Eines kann ich schon jetzt sagen: In der Neuen Heimat, nein in der Gemeinwirtschaft wird es keine Könige und keine „Kings“ mehr geben, aber auch keine gesichtslosen Erfüllungsgehilfen! (*Beifall*)

Wir müssen uns eigentlich einmal plastisch vorstellen, wie anders wir an die Sache hätten herangehen können, wenn diejenigen, die Akten geklaut und verscheuert haben, das, was sie wußten, uns, den Aufsichtsgremien, unmißverständlich gesagt hätten. Dann sähe die Sache wohl sicher anders aus! (*Beifall*)

Und zum zweiten, dem Mieterprotest, der ja in dieser Zeit besonders deutlich wurde. Das ist ganz natürlich. All dem ist genau und schnellstens nachzugehen. Wo Beschwerden zu Recht erhoben werden, ist gründlich und schnell Abhilfe zu schaffen. Mieternähe, das ist der Begriff, muß vorrangiges Ziel künftiger Politik der Neuen Heimat sein. (*Beifall*)

Ich persönlich habe schon vor Jahren den konkreten Vorschlag gemacht, eine zentrale Stelle zur Erfassung von Beschwerden einzurichten. Der Kollege

Diether Hoffmann hat diesen Gedanken jetzt aufgegriffen. Und ich kann ihn nur darin bestärken, sich nicht davon abbringen zu lassen. *(Beifall)*

Und zum dritten, dem Berlin-Engagement, das auch ich eingegangen bin. Es hätte auch andere Wege gegeben, Steuern zu sparen, für mein Alter Geld zurückzulegen. Ich war davon überzeugt, daß es das Beste sei, dieses Geld in den sozialen Wohnungsbau nach Berlin fließen zu lassen. Nicht nur einige, viele haben das anders gesehen. Das ist mir klargeworden. Und das beschäftigt mich seit Wochen, wie wir diese Dinge auf eine uns gemäße Art und Weise in die Hand bekommen können. Vielleicht wird dann auch in der Diskussion deutlich, was wir alles unternommen haben, das jetzt rechtlich in eine gemeinschaftlich wirkende Form zu gießen. Bis jetzt ist es sehr schwer. Nun, ich sagte: Es ist mir klargeworden. Und daß ich mich innerlich auch konstruktiv damit befaßt habe, das sollte jeder wissen, der in meiner engeren Umgebung in der letzten Zeit mitarbeitete.

Aber wie dem auch sei: Ich kann und werde niemals akzeptieren, daß die skandalösen Vorgänge bei der Neuen Heimat mit unserem Berlin-Engagement in einen Topf geworfen worden sind. *(Beifall)*

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin es auch leid, Verdächtigungen ausgesetzt zu sein - machen wir uns nichts vor, das wird heute, morgen und übermorgen so weitergehen, also noch lange Zeit -, bloß weil - um ein einziges Beispiel herauszunehmen - ich wegen sehr teurer Sicherheitsvorkehrungen an dem Haus, in dem ich wohne, die mir die Polizei vorgeschrieben hat, besondere Finanzierungswege suchen mußte.

Nach 13 Jahren harter Arbeit schmerzt es einfach, als Zielscheibe für

Angriffe auf die Gemeinwirtschaft und die Gewerkschaft insgesamt herhalten zu müssen.

(Aus dem Grußwort) Dr. Diether Hoffmann, Neue Heimat: Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind nicht irgendwelche Unternehmen; sie haben klare Aufgaben im Interesse der Arbeitnehmer in dieser Bundesrepublik zu erfüllen. In dieser Bundesrepublik, in der es eine marktwirtschaftliche Ordnung gibt. Gemeinwirtschaft ist eine Veranstaltung in der Marktwirtschaft. Sie ist keine Alternative zur Marktwirtschaft. Sie versteht sich vielmehr als Korrektiv in dieser Wirtschaftsordnung.

Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind betriebswirtschaftliche Einheiten, das heißt, sie funktionieren mit einem Management, das sich an betriebswirtschaftlichen Zielen ebenso zu orientieren hat wie an gewerkschaftlichen Zielen. Das Management muß qualifiziert sein. Es muß sich darüber hinaus aber auch an anderen Maßstäben messen lassen. An Maßstäben, die sich an den Zielsetzungen und Grundvorstellungen der Gemeinwirtschaft orientieren.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Mönche. Wer es aber übertreibt und allzu sehr dem Spruch des persischen Dichters folgt: „Strebe in allen Lebensumständen stets danach, das Nützliche für die anderen mit dem Angenehmen für Dich selbst zu verbinden“, der hat seine Aufgabe bei uns verkannt. *(Beifall)*

(...)

Es hat viele Beschwerden über die Neue Heimat und ihr Verhalten gegeben. Doch selbst die vielen sprachen nur für einen kleinen Teil der Mieter. Tausend Beschwerden - und soviel sind

nicht einmal eingegangen - sind schon sehr viel, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie kommen aber aus weniger als einem Drittel Prozent der Wohnungen, die von uns verwaltet werden.

Mit diesem Hinweis will ich Versäumnisse und Fehler nicht entschuldigen. Doch es gibt hier auch einiges zu rechtfertigen. Inzwischen hat ja auch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bescheinigt, daß die Heizkostenabrechnungen durch die soviel zitierte Firma Tele-Therm nicht zu beanstanden waren, daß die Abrechnungen korrekt erfolgten und daß sie im Konkurrenzvergleich Bestand haben. Hier wurden also leichtfertig Vorwürfe erhoben.

Nicht nur die Kommunikation mit dem Mieter muß besser werden. Die Instandhaltung unseres Bestandes, die Modernisierung unseres Bestandes - das heißt die Anpassung der Wohnungen an moderne Wohnansprüche - muß hinzukommen, muß in dieser Zeit eine besondere Aufgabe sein.

Wenn man sich die Probleme bei der Neuen Heimat bewußt macht, dann wird man sich fragen müssen, ob sie richtig organisiert ist. Hierzu kam der Vorschlag, die große Organisation zu zergliedern, sie in möglichst viele kleine Genossenschaften umzuwandeln. Die Beschwerden, die zu diesem Vorschlag geführt haben, sind verständlich. Doch lag in dieser Forderung sicherlich auch ein Stück Nostalgie. Viele neigen dazu, sich an die gute alte Zeit zu erinnern, die gute alte Zeit, in der alles klein und deshalb so wunderschön gewesen sein soll.

Wir sollten uns nüchtern - das heißt: ohne Nostalgie - mit diesen Vorschlägen befassen. Wir werden uns fragen müssen, ob wir es uns leisten können, einer Zerschlagung der gesamten Unternehmensgruppe das Wort zu reden. Ich glaube, wer eine solche Forderung er-

hebt, ist sich der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen nicht bewußt. Nur unter Hinnahme beachtlicher Einbußen könnte die Auflösung durchgeführt werden. Auch wäre die Unternehmensgruppe dann nicht mehr in der Lage, große Aufgaben zu bewältigen.

Kleine Genossenschaften werden an vielen Stellen Vorbildliches leisten können. Doch bedarf es zur Ergänzung ihrer Tätigkeit einer starken Organisation, die nicht nur an einzelnen Orten arbeitet, sondern die über das ganze Bundesgebiet hinweg in der Lage ist, mit ihrer finanziellen Stärke und ebenso mit dem technischen und wirtschaftlichen Sachverstand ihrer Mitarbeiter zur Lösung der Probleme beizutragen. Deshalb sollte die Unternehmensgruppe Neue Heimat als Einheit erhalten bleiben.

Aus der Diskussion über die Geschäftsberichte

Günter Volkmar, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV): Zu den aktuellen Sachfragen zum Thema Neue Heimat gibt es sicher keine Patentrezepte. Aber wir sollten auch hier gemeinsam überlegen. Dafür einige Thesen:

Die politische und rechtliche Kontrolle der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen durch Gewerkschaften und Aufsichtsgremien muß da, wo Lücken sichtbar geworden sind, verstärkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz in den Unternehmen und vor allem wirksamere Absicherungen gegen die Gefahr mißbräuchlicher Verwendung von Insiderkenntnissen zum persönlichen Vorteil. Es sollten die Satzungen und Geschäftsordnungen hinsichtlich des Umfangs der Zustimmungspflichtigen Geschäfte und der Berichtspflichten überprüft werden und es sollten eindeutige rechtliche Regularien im Hinblick auf

die Rechte und Pflichten von Vorstandsmitgliedern und allen Beteiligten in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen geschaffen werden. Und schließlich: Wir müssen auch darüber nachdenken, ob die gegenwärtige Struktur und die Besetzung der Aufsichts- und Beratungsgremien allen Anforderungen gerecht wird.

Und wenn wir über unsere Konsequenzen sprechen, dann sollten wir auch über die konkrete Ausgestaltung der Berlin-Förderung sprechen. Bei der besonderen Lage Berlins sind sachgerechte und im Umfang vertretbare Beteiligungen sicher vertretbar und notwendig. Das entspricht dem Interesse aller Arbeitnehmer und Bürger dieser Stadt. Dafür treten wir ein. Aber ich habe erhebliche Zweifel, ob die derzeitige Konstruktion sinnvoll und zweckmäßig ist. Verlustzuweisungen in Höhe von mehreren hundert Prozent und die damit verbundenen Steuerersparnisse sind Kritikpunkte, die wir nicht mit einem Achselzucken übergehen dürfen. Wir müssen als Gewerkschaften ernsthaft prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen von ihren derzeitigen Ungereimtheiten befreit und auf eine unangreifbare Grundlage gestellt werden können.

Und noch ein abschließender Vorschlag: Ich habe gestern mit großer Bewunderung registriert, mit welchem Tempo uns die schriftlichen Texte der Geschäftsberichte ausgehändigt wurden. Wir sollten das für ein Bedürfnis aufgreifen, das sicherlich alle Delegierten dieses Kongresses haben, nämlich zu dem Thema Gemeinwirtschaft nicht nur hier ihre Aussagen zu treffen und gute Beschlüsse zu fassen, sondern nach dem Kongreß auch in den Betrieben darüber fundiert sprechen und aufklären zu können. *(Beifall)*

Otto König, IG Metall: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, wenn gestern gesagt worden ist, daß der eigentli-

ehe Skandal unserer Gesellschaft die Massenarbeitslosigkeit ist und daß es nicht die Vorgänge um die Neue Heimat sind.

Wir mußten erfahren, daß die Unternehmer die von ihnen geschaffene Massenarbeitslosigkeit hemmungslos ausnutzen, um rigoros die realen Löhne und Gehälter zu senken. Und, Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, daß der „Spiegel“ und die anderen Saubermänner von „Bild“ bis „Capital“ mit ihren Enthüllungen die Gewerkschaften schwächen und ihnen schaden wollen. Wir sollen mit den Enthüllungen über diesen Skandal abgelenkt werden von unserem notwendigen Widerstand gegen die Aufrüstung und den damit verbundenen Sozial- und Reallohnabbau.

Das ist alles richtig. Trotzdem sollten wir nicht die Ursache mit der Wirkung verwechseln. Nicht die Journalisten haben sich den Stoff aus den Fingern gesogen, sondern Kollegen aus unseren eigenen Reihen haben durch ihr Verhalten den Anlaß für diese Berichte geliefert.

Und weißt Du, Kollege Vetter, es mag gestern eine verständliche Reaktion gewesen sein, wenn Du in Deinem mündlichen Geschäftsbericht gesagt hast: „Ich bin es leid, Verdächtigungen ausgesetzt zu sein.“

Du mußt wissen: Ich als Bevollmächtigter der IG Metall bin es auch leid, nach jeder Berichterstattung immer von neuem in Vertrauenskörpersitzungen, in Funktionärszusammenkünften über diese Vorwürfe von Woche zu Woche diskutieren zu müssen. *(Beifall)*

[...]

In Berlin auf unserem Kongreß, Kolleginnen und Kollegen, muß ich sagen können, wurde endgültig Schluß gemacht mit dem Unter-den-Teppich-Keh-

ren. Es wurde ein neuer Anfang gemacht. Alle neugewählten Vorstandsmitglieder gehen unbelastet mit uns, mit Euch, den Mitgliedern, an die schwierigen, vor uns liegenden Probleme: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verhinderung eines weiteren Sozialabbaus im Rahmen der Operation 1983; Kampf für die Arbeitszeitverkürzung und für die Ausweitung der Mitbestimmung. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen - aber unbelastet aus diesem Kongreß heraus!

Aus der Beratung zum Initiativantrag 5**

Irene Haberecht, Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für den Antrag sprechen, weil ich denke, daß die Wahlen auch gezeigt haben, daß der Kongreß dem neuen DGB-Vorstand einen Vertrauensvorschuß gegeben hat - einen Vertrauensvorschuß, weil viele Kolleginnen und Kollegen zu Hause sehr viel radikaler auf die sogenannten „Enthüllungen“ reagieren, die auch hier unser täglicher Wermutstropfen beim Kongreß waren, auch sehr entschieden einen Neubeginn gefordert haben.

Ein wichtiges Vertrauenskriterium, das die Kollegen bei ihren Betriebs- und Personalräten auf den unteren Ebenen setzen, ist die persönliche Integrität und Überprüfbarkeit, was auf gut deutsch heißt: keine Bereicherung und Bestechlichkeit, auch wenn dieses legal geschieht.

Diejenigen, die hier das Vertrauen der Arbeitnehmer nicht mehr hatten, haben das bei den letzten Personalratswahlen sehr empfindlich zu spüren bekommen.

Das Geschäftsgebaren der gewerkschaftlichen Unternehmen und das

Verhalten aller Funktionsträger muß überprüfbar sein und sich auch neu orientieren, damit das Vertrauen unserer Kollegen wieder neu entstehen kann.

Der Antrag begrüßt noch einmal eindeutig und umfassend die Klärung aller Vorgänge und Vorwürfe. Unsere Diskussion hier ist am Freitag nicht abgeschlossen. Sie beginnt eigentlich erst am Montag. Die Kollegen verlangen von uns, daß wir ihnen die Haltung und die Beschlüsse dieses Kongresses auf den Tisch legen, erläutern und dafür auch geradestehen.

Da dies der einzige Antrag ist, der noch einmal zu diesen Vorgängen Stellung nimmt, sollten wir dazu alle noch einmal unser Votum abgeben. Problematisch für mich bei diesem Antrag ist der dritte Punkt bei Absatz drei, die Kontrollpflicht. Hier fehlen konkretere Aussagen, wie diese Kontrollpflicht, falls notwendig, verstärkt werden kann. Trotzdem möchte ich diesen Antrag so unterstützen und bitte Euch, dazu Eure Zustimmung zu geben. Danke. *(Beifall)*

Bernhard Baumeister, Gewerkschaft HBV: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn über diesen Antrag abgestimmt wird - ich unterstütze ihn - ist es wichtig, daß Ihr alle einige Hintergründe kennt. Ich bin Mitarbeiter der Neuen Heimat. Ich bin Betriebsrat. Ich mache dort die Instandhaltung. Wir müssen fein säuberlich trennen zwischen den Verfehlungen der Vorständler und zwischen den Kollegen, die jahrelang eine vernünftige Arbeit geleistet haben. *(Beifall)*

Das ist mir auf der einen Seite auf diesem Kongreß zu kurz gekommen. Auf der anderen Seite aber ist mir dieser

** Der Text dieses Antrags findet sich auf den Seiten 388/89 dieses Heftes.

Antrag E 5 genau wie der Antrag 26 etwas - sagen wir vorsichtig - zu wenig vorwärtsweisend.

Genau wie die ganze Diskussion von uns Gewerkschaftern viel zu defensiv geführt worden ist. Wir sind nicht offensiv rangegangen. Wir haben nicht gesagt, wir wollen das als Chance verstehen, nicht nur Vertrauen neu zu erwecken, sondern gleichzeitig auch die Probleme, zum Beispiel bei der Neuen Heimat, anzufassen. Wir haben es versäumt, uns intensiv mit der Problematik Wohnungsbau auseinanderzusetzen.

Daher kommt ein Hauptanteil der Probleme. Wenn über die Neue Heimat geredet wird, werden nicht nur die Vorstandsgehälter kritisch diskutiert, sondern auch die Probleme mit den hohen Mieten, mit der teilweise schlechten Instandhaltung in der Wohnung und ähnliche Dinge mehr.

Wenn dieser Initiativantrag nun verabschiedet wird, muß die Diskussion in den Gewerkschaften dahingehend weitergehen, daß Mittel und Wege gefunden werden, wie denn überhaupt die Kolleginnen und Kollegen bei der Neuen Heimat in die Lage versetzt werden, ihrem Auftrag, der hoch angesiedelt ist, in irgendeiner Form entsprechen zu können.

Dazu gehört zum Beispiel, wenn die Mieter jeden Monat ihre Abrechnungen bekommen, dann bedeutet das doch, daß die Mieter überhaupt nicht wissen, daß die Mieten nicht von der Neuen Heimat festgesetzt werden, sondern im sozialen Wohnungsbau vom Gesetzgeber festgesetzt werden. Dahinter verbirgt sich, wenn die Zinsen auf dem Kapitalmarkt ansteigen, daß sich automatisch die Mieten anheben. Das muß von den Gewerkschaften mal ganz deutlich gesagt werden. Auch wenn das einigen Sozialdemokraten hier nicht gefällt,

die solche Gesetze mit verabschieden.

Da lassen wir die Neue Heimat immer ganz schön allein im Regen stehen. Keiner kümmert sich darum, wie die Auswirkungen sind. Wir wundern uns dann, wenn auf die Gemeinwirtschaft, auf die Neue Heimat eingedroschen wird - zwar zu Recht, aber an die falsche Adresse. *(Beifall)*

Ein zweiter Gesichtspunkt. Wenn es darum geht, die angeblich schlechte Wohnqualität bei der Neuen Heimat anzusprechen, die ich für falsch halte, wie das immer pauschal gemacht wird, dann muß man wissen und sich die Mühe machen - auch hier in den Gewerkschaften - festzustellen: Reichen eigentlich die Mittel aus, um diese Wohnungen instand zu halten.

Ich bin ein Betroffener davon. Bei mir rufen jeden Tag zig Mieter an. Die wollen ganz bestimmte Leistungen von mir erbracht haben. Ich kann sie nicht erbringen, weil ich nur ein ganz bestimmtes Budget zur Verfügung habe. Das ist spätestens am 1. September dann erschöpft. Da müssen dann die Kollegen, die solche Initiativanträge hier einbringen, sehr genau wissen, wie sie das in Wirklichkeit aufarbeiten wollen. Leere Erklärungen bringen uns da nicht weiter. Denn spätestens vier Wochen nach diesem Kongreß gibt es wiederum eine Diskussion über angeblich schlechten Wohnungen bei der Neuen Heimat.

Da appelliere ich hier an die Delegierten und an den neu gewählten Geschäftsführenden Bundesvorstand, sich diesen Dingen wirklich ernsthaft zu widmen und in die Geschäftspolitik der Neuen Heimat dahingehend einzuwirken, daß tatsächlich auf der einen Seite Gelder freigegeben werden, damit wir unserem Auftrag in Eurem Namen und Interesse tatsächlich gerecht werden können. Schönen Dank. *(Beifall)*

Heinz Müller, IG Metall: Ich meine, es sollte als ein Ergebnis dieses Kongresses vom Bundesvorstand beachtet werden, daß ein gemeinwirtschaftlicher Arbeitskreis auf zentraler Ebene allein nicht genügt. Wir müssen also unsere weiteren Gewerkschaftsgliederungen und Organisationsebenen so durchdringen, daß einmal bei den Kolleginnen und Kollegen, die diese Arbeit tagtäglich machen, ein größeres Verständnis - auch im Hinblick auf die Bedeutung und die Aufgaben der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen - vorherrscht. Auch da haben wir noch Entwicklungsarbeit zu leisten.

Ich würde also den Bundesvorstand darum bitten, daß gemeinwirtschaftliche Arbeitskreise auf allen Ebenen unserer Organisation geschaffen werden, um insbesondere auch die Filialen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen einzubeziehen in die gewerkschaftliche Arbeit und um andererseits uns über all das informiert zu wissen, was die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu tun haben, wie sie ihre Arbeit erledigen.

Denn wohin die Dinge führen können, wenn diese Einbindung fehlt, ist letztlich auch abzulesen an den Vorgängen, die anscheinend darauf hinauslaufen, Genossenschaften zu privatkapitalistischen Aktiengesellschaften - in Bielefeld und jetzt inzwischen in Göttingen - umzumünzen.

Wir brauchen also regionale Verflechtungen und Einbindungen. Aber vor einem, Kolleginnen und Kollegen, möchte ich warnen: daß man meint, es genüge zu erklären, der Aufsichtsrat müsse besser und stärker kontrollieren. Wenn Ihr nicht loyale Vorstandsmitglieder habt, die vom Geist der Gemeinwirtschaft und der Gewerkschaft erfaßt und eingebunden sind, dann könnt Ihr noch so gute Kontrollorgane haben. Dann werdet Ihr nicht erfahren, was man Euch nicht wissen lassen will.

Ja, das ist aber das Problem generell! Das ist das Problem der Demokratie überhaupt, Kolleginnen und Kollegen! Das gilt für die Räte in den Städten. Das gilt für den Bundestag usw.

Wie machen wir also all das durchsichtig, über das wir sachverständig beraten und dann entscheiden sollen? Hier stellt sich nämlich die Gretchenfrage für die Demokratie insgesamt.

Angenommene Anträge

Antrag 26

Antragsteller: Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Betr.: Gemeinwirtschaftliche Leistungen dauerhaft sichern

Die Leistungskraft der Gemeinwirtschaft muß gerade unter erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen dauerhaft gesichert werden. Die berechtigte Kritik am Fehlverhalten einzelner darf nicht den Blick auf die großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der Gemeinwirtschaft in ihrer Gesamtheit verstellen und darf insbesondere nicht die konsequente Fortführung dieser Arbeit infrage stellen. Demgemäß stellt der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongress fest:

1. Gemeinwirtschaft und Gewerkschaften haben ihre gemeinsamen Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung. Sowohl die freigewerkschaftlichen als auch die christlichen Gewerkschaften und die ihnen verbundenen Selbsthilfeeinrichtungen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wollten die notwendigen organisatorischen Grundlagen schaffen, um tiefgreifende soziale Mißstände und bestehende Notlagen der Arbeitnehmer zu mildern, einseitiger Abhängigkeit entgegenzuwirken und die gewerkschaftlichen Aufgaben zu unterstützen. Es galt, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu verbessern und gesell-

schaftliche Alternativen zur Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt aufzubauen.

Dabei sind in verschiedenen Bereichen große Leistungen für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften erbracht worden:

- in den Konsumgenossenschaften, durch die die Not während der Industrialisierungsphase gemildert und dauerhaft die Position der Arbeitnehmer als Verbraucher gestärkt wurde
- im Versicherungsbereich, in dem die gemeinwirtschaftlichen Versicherungen den Arbeitnehmern weithin überhaupt erst den Zugang zu Versicherungen, vor allem Lebensversicherungen, eröffnet haben und bestehenden skandalösen Mißständen auf dem Sektor der Klein-Lebensversicherung entgegengetreten wurde
- im Bankenbereich, in dem zum Schutz und Nutzen der kleinen Sparer und vor allem der Kreditnehmer Vorbildliches geleistet und die finanziellen Voraussetzungen wirksamer Gewerkschaftsarbeit unterstützt wurden
- im Bereich des Wohnungsbaues, wo durch von den Gewerkschaften getragene Wohnungsgesellschaften die allgemeine Wohnungsnot verringert, unwürdige Abhängigkeit der Mieter abgebaut und zur Anhebung des allgemeinen Wohnungsstandards der Arbeitnehmer beigetragen wurde.

2. Nach dem 2. Weltkrieg haben die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gehabt. Sie haben geholfen, Versorgungsengpässe im Dienstleistungssektor, gerade im Bereich der Wohnungswirtschaft und des Lebensmitteleinzelhandels zu überwinden. Darüber hinaus sind von den gewerkschaftlichen Banken- und Versicherungsunternehmen wichtige Anstöße ausgegangen, die den Arbeitnehmern zugute gekommen sind, so durch die

Einführung des Konsumentenkredits für kleine Einkommensbezieher, durch wesentliche Verbilligung der Versicherungstarife und durch Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf neue Lebensbereiche. Gewerkschaftspolitisch wurden beispielhafte Regelungen und Leistungen entwickelt - tarifpolitisch und gleichermaßen mitbestimmungspolitisch. Wichtige gewerkschaftliche Forderungen zur Humanisierung der Arbeit und zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen wurden verwirklicht. Zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben im Interesse der Arbeitnehmer wurden die Gewerkschaften unterstützt.

3. Die erfolgreiche Entwicklung der Gemeinwirtschaft beruht vor allem auf der solidarischen Hilfe und der Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen untereinander, mit der BGAG und mit den Gewerkschaften, wobei das Engagement der in der Gemeinwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer zur Leistungsfähigkeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich beigetragen hat. Damit war es möglich, veränderten Anforderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, der Verbraucher und der Beschäftigten an die Gemeinwirtschaft, die sich aus dem Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben haben, in hohem Maße gerecht zu werden. Anpassungsschwierigkeiten marktmäßiger, rechtlicher und organisatorischer Art konnten weitgehend überwunden werden. Auch für die künftige Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wird dieser Zusammenhalt unabdingbar sein, um die Leistungsfähigkeit der Gemeinwirtschaft und ihre Vorbildfunktion zu festigen.

4. Seit ihrem Bestehen ist die Gemeinwirtschaft Angriffen und Kritik ausgesetzt. Dabei ist jedoch zu berück-

sichtigen, daß sich die Unternehmen der Gemeinwirtschaft von den sie umgebenden objektiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht abkoppeln können. Die Bedeutung dieser vorgegebenen Bedingungen für die Entscheidungen und Entwicklungen in den Unternehmen gilt es stets zu bedenken. Allzu leicht wird sonst übersehen, daß die Leistungen, die die Unternehmen erbringen sollen, ihren Leistungsmöglichkeiten entsprechen müssen, um eine erfolgreiche Weiterentwicklung insgesamt zu sichern.

Geschlossen zurückzuweisen sind dagegen alle Versuche, einzelne Mängel zum Anlaß zu nehmen, um den gemeinwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gedanken insgesamt zu treffen. Bei aller Notwendigkeit solidarischer und vorwärtstreibender Kritik gilt es, sorgfältig Distanz zu falschen Freunden der Arbeitnehmer zu halten, mit denen sich Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft seit ihren Anfängen auseinandersetzen müssen. Angetreten, gesellschaftliche Alternativen zu verwirklichen und die organisatorischen Voraussetzungen für den sozialen Fortschritt zu schaffen und weiterzuentwickeln, waren und sind die Organisationen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Arbeitnehmer immer wieder den Angriffen derer ausgesetzt, die im Interesse einer mächtigen Minderheit die bestehenden Verhältnisse und Herrschaftsstrukturen zementieren, die Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Politik herabsetzen und Verwirklichung gesellschaftlicher Alternativen schlechthin unmöglich machen wollen.

5. Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß stellt fest, daß die Erfüllung der grundlegenden Aufgaben der Gemeinwirtschaft, wie sie im Beschluß des DGB-Bundesausschusses 1978 „Auftrag und Aufgaben gemeinwirtschaftlicher Unternehmen und des DGB und seiner Gewerkschaften“ festgeschrieben wur-

den, gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung gesichert werden muß. Angesichts anhaltender Krisenerscheinungen, wachsendem Rationalisierungsdruck, verstärkten Angriffen auf Lebensstandard und soziale Sicherung der Arbeitnehmer bedarf es verstärkter Anstrengungen, um Leitbild und Wirkung der Gemeinwirtschaft erfolgreich fortzusetzen, ihre Leistungsfähigkeit zu sichern und ihren Beitrag zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben auszubauen. Alle Möglichkeiten müssen daher genutzt werden, um in der Öffentlichkeit, im politischen Bereich, in den Gewerkschaften und in den Unternehmen alle Kräfte für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Gemeinwirtschaft zu aktivieren.

Deshalb fordert der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß:

- Der DGB-Bundesvorstand soll sich dafür einsetzen, die notwendigen Informationen über die Funktion, die Leistungen und die Erfolge der Gemeinwirtschaft sicherzustellen und zu verbreiten, damit Mitgliedschaft und Öffentlichkeit umfassend über Entwicklung, Leistungen und zukünftige Aufgaben der Gemeinwirtschaft unterrichtet werden.
- Die Unternehmensleitungen und Aufsichtsorgane der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen müssen durch ein Höchstmaß von Information und Transparenz sowie durch eindeutige rechtliche Regelungen sicherstellen, daß der politisch-moralische Anspruch der Gemeinwirtschaft im geschäftlichen Verhalten der Unternehmen und ihrer maßgebenden Repräsentanten stets eingelöst wird.
- Von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wird weiterhin erwartet, daß sie beispielhaft alles tun, um die Arbeitsplätze in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu sichern, neue Arbeitsplätze, insbesondere für Jugendliche, Frauen, Schwerbehinderte und ältere

Arbeitnehmer schaffen, die weitere Humanisierung der Arbeitsbedingungen fördern und durch eine vorbildliche berufliche Aus- und Fortbildung die Qualifikationen der Beschäftigten verbessern.

- Gewerkschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen werden aufgefordert, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken um

- die praktische Bedeutung und die Leistungen der Gemeinwirtschaft für Arbeitnehmer und Verbraucher und die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinwirtschaft für die Zukunft noch weiter und deutlicher aufzuzeigen;

- gemeinsam und abgestimmt die Auseinandersetzungen mit antigewerkschaftlicher und antigemeinwirtschaftlicher Polemik zu führen und insbesondere deren Hintergründe und Zielrichtungen aufzuzeigen.

- Alle Mitglieder werden aufgerufen, sich aktiv an dem Diskussionsprozeß um die Weiterentwicklung der Gemeinwirtschaft zu beteiligen und sich für die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und deren Auftrag solidarisch einzusetzen.

Initiativantrag 5

Antragsteller: Heinz Kluncker und Genossen

Betr.: Konsequenzen aus den Vorgängen um die Neue Heimat

I. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind als Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeitnehmer weiterhin unverzichtbar.

Die Verfehlungen ehemaliger Vorstandsmitglieder der Unternehmensgruppe Neue Heimat haben berechtigte Kritik hervorgerufen und den Gewerkschaften Schaden zugefügt. Das Vertrauen in die Gemeinwirtschaft ist durch

die bekannten Vorkommnisse stark erschüttert worden. Dieses Vertrauen wiederzugewinnen und zu festigen, muß daher Aufgabe der gewerkschaftlichen Politik und der zukünftigen Arbeit gemeinwirtschaftlicher Unternehmen sein. Eine umfassende Klärung der Vorwürfe gegen Vorstandsmitglieder und Mitglieder der Aufsichtsorgane ist dazu wesentliche Voraussetzung. Das Fehlverhalten einzelner darf nicht dazu führen, die Gemeinwirtschaft generell in Frage zu stellen.

II. Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß begrüßt,
- daß der DGB-Bundesvorstand und die Aufsichtsorgane der Unternehmensgruppe Neue Heimat rasch und entschieden auf die Verfehlungen reagiert haben,
- daß insbesondere unverzüglich personelle Konsequenzen gezogen und eine umfassende und unabhängige Prüfung zur Klärung der Vorwürfe eingeleitet wurden.

III. Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß fordert:

1. Nach Vorliegen der abschließenden Prüfungsergebnisse müssen von den zuständigen Organen alle sachlich notwendigen Entscheidungen getroffen werden. Sie sind an Programmatik und Beschlüssen des DGB zu orientieren, insbesondere am Beschluß des DGB-Bundesausschusses vom 6. Dezember 1978 über „Auftrag und Aufgaben gemeinwirtschaftlicher Unternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften.“

2. Alle gemeinwirtschaftlichen Unternehmen müssen ihr Geschäftsgebaren und alle Funktionsträger ihr Verhalten stets an diesen Grundsätzen ausrichten.

3. Die Aufsichtsorgane müssen ihre Kontrollpflicht konsequent wahrnehmen und - falls notwendig - verstärken, damit künftig Fehlentwicklungen vermieden werden.

IV. Zur Unternehmensgruppe Neue Heimat stellt der Bundeskongress fest: Der Aufbau und die Struktur der Unternehmen sind den sich wandelnden Anforderungen anzupassen. Dies gilt für die Veränderungen, die sich aus der besonderen Aufgabenstellung der Unternehmen und aus der Weiterentwicklung der wohnungs- und städtebaulichen

Zielvorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben.

V. Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, einen Bericht über die Überprüfung und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen unverzüglich dem DGB-Bundesausschuß zu erstatten.